

Bürokratieabbau beginnt in den Köpfen

Veröffentlicht: 2. Mai 2025 auf LinkedIn

<https://de.linkedin.com/pulse/bürokratieabbau-beginnt-in-den-köpfen-uwe-schroeder-wildberg>

„Die künftige Bundesregierung will Deutschland durch den Abbau von Regularien schneller und effizienter machen – gut so! Die EU, man glaubt es kaum, reduziert derzeit in Rekordtempo einen Teil der überbordenden Vorschriften zur Nachhaltigkeitsberichterstattung für Unternehmen. Die entscheidende Frage ist: Geschieht dies alles nur unter dem Druck von Konjunkturflaute, geopolitischen Krisen und US-Zöllen oder deswegen, weil man Bürgern und Wirtschaft wieder mehr Grundvertrauen entgegenbringt? Letzteres wäre mindestens genauso wünschenswert.“

DR. UWE SCHROEDER-WILDBERG
Vorstandsvorsitzender der MLP SE



Die künftige Bundesregierung will Deutschland durch den Abbau von Regularien schneller und effizienter machen – gut so! Die EU, man glaubt es kaum, reduziert derzeit in Rekordtempo einen Teil der überbordenden Vorschriften zur Nachhaltigkeitsberichterstattung für Unternehmen. Die entscheidende Frage ist: Geschieht dies alles nur unter dem Druck von Konjunkturflaute, geopolitischen Krisen und US-Zöllen oder deswegen, weil man Bürgern und Wirtschaft wieder mehr Grundvertrauen entgegenbringt? Letzteres wäre mindestens genauso wünschenswert.

Erstaunlich, wie schnell sich das, was die Politik über Jahre als unverzichtbar dargestellt hat, unter veränderten Rahmenbedingungen relativiert. Der 2019 von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen stolz angekündigte „Green Deal“, der Europa bis 2050 in die Klimaneutralität führen soll, ist zwar nicht auf Eis gelegt. Aber der Krieg Russlands gegen die Ukraine, die Abkühlung des transatlantischen Verhältnisses unter der Trump-Regierung und die anhaltende Wachstumsschwäche der europäischen Wirtschaft haben auch in Brüssel zumindest zu einer gewissen Prioritätenverschiebung geführt. Die sogenannte Omnibus-Verordnung, Ende Februar vorgestellt und bereits Anfang April vom EU-Parlament gebilligt, schwächt den Geltungsbereich von gleich mehreren Bürokratie-Ungetümen etwas ab, unter anderem der Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD). Die Erleichterungen gelten jedoch nur für kleinere Firmen: Unternehmen mit mehr als 1.000 Mitarbeitern müssen wie bisher geplant weiterhin umfassend über ihre Nachhaltigkeitstätigkeiten berichten.

Zielbild moderner, handlungsfähiger Staat

Überhaupt kann die Lösung nicht allein darin bestehen, einfach Gesetze und Verordnungen zu entschärfen oder abzuschaffen. Das Zielbild eines modernen, effizienten und handlungsfähigen Staates werden wir nicht realisieren können, wenn es ein Grundmisstrauen ebenjenes Staates gegenüber Bürgern und Unternehmen gibt. Dieses Misstrauen ist oftmals die Basis für den staatlichen Eifer, möglichst umfassend regulieren und kontrollieren zu wollen. Bei den politischen Entscheidungsträgern, so ist mein Eindruck, beginnt die Erkenntnis über diese Fehlentwicklung langsam zu reifen, aber das Beharrungsvermögen in den Ministerien und Ämtern, in der bürokratischen „Lehmschicht“, ist nicht zu unterschätzen.

„Neue Denke“ in Regulierungsfragen notwendig

Eine wirkliche Entlastung wäre eine veränderte Grundhaltung, ein Paradigmenwechsel in der Regulierung, indem man zum Beispiel ein paar Leitsätze beherzigt.

- Was nicht reguliert werden muss, wird auch nicht reguliert. Klingt banal, würde aber schon einmal einen Teil der „Lehmschicht“ in den Ämtern abtragen. Wer sich früher über den Krümmungswinkel der EU-genormten Gurke lustig gemacht hat, kann heute noch immer über das Landeseseilbahngesetz – kurz: LSeibG – der „Skiregion“ Mecklenburg-Vorpommern lachen. Dessen Ausgangspunkt war übrigens – man ahnt es – eine EU-Verordnung.
- Möglichst jede Regulierung sollte ein konkretes Ziel haben, dessen Erreichen objektiv überprüft werden kann. Die Experten der im Grundsatz lobenswerten „Initiative für einen handlungsfähigen Staat“, der unter anderem der frühere Bundesinnenminister Thomas de Maizière und der frühere Verfassungsgerichtspräsident Prof. Andreas Voßkuhle angehören, argumentieren in ihrem jüngst vorlegten Zwischenbericht in diese Richtung und fordern, wenn möglich „Experimentierklauseln“ in neue Gesetze aufzunehmen und „Praxistauglichkeitstests“ durchzuführen. Nicht selten zeige sich erst in der Praxis, dass ein Gesetz dysfunktional sei, weil es seine Ziele nicht erreiche oder die Kosten für die Umsetzung zu hoch seien. Das bedeutet: Nur durch gut vorbereitete, verständliche und vollzugsorientierte Vorschriften werden sich die sogenannten Erfüllungsaufwendungen, also die Bürokratiekosten, signifikant zurückführen lassen.
- Konsequente Digitalisierung nahezu aller staatlichen Prozesse auf allen Ebenen ist das A und O, um Bürgern und Wirtschaft Zeit und Kosten zu sparen. Im neuen Infrastrukturpaket des Bundes von über 500 Mrd. Euro muss dieses Thema deshalb ein wichtiger Baustein sein, nicht nur die Sanierung maroder Brücken und Straßen. Wie oft haben Sie sich schon darüber geärgert, ständig in Formblätter Daten einzutragen, die den Behörden längst vorliegen, aber mangels digitaler Vernetzung oder aufgrund eines übertriebenen Datenschutzes nicht abgerufen werden können?

Grundvertrauen in die Redlichkeit

Von Misstrauen und Bürgerabschreckung hin zu einem Grundvertrauen gegenüber Bürgern und Unternehmen, ausgehend von der Annahme, dass die allermeisten sich auch ohne weitere Vorschriften redlich verhalten: Ein solcher Paradigmenwechsel wäre kein blindes Vertrauen und schon gar kein Freibrief des Staates. Es braucht weiterhin wirkungsvolle Kontrollen, aber eben stichprobenartig und nicht flächendeckend durch ein Übermaß an Informations- und Dokumentationspflichten. Und

diejenigen, die Regeln bewusst missachten, sollten die Gewissheit haben, dass sie mit empfindlichen Sanktionen rechnen müssen, wenn sie erwischt werden.

In vielen Fällen beginnt echter Bürokratieabbau nicht mit dem Streichen von Vorschriften, sondern in den Köpfen. Politik und Verwaltung sollten ihren Bürgern, dem Souverän, genau wie den Unternehmen wieder mehr Vertrauen schenken. Das wäre ein guter Ansatz, die vielen Blockaden, die dieses Land lähmen, zu lösen.